



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 -V- 0 2 - 8 0 0 8**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Modifizierung Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht			

Bestätigung Dezernent

Dr. Franz
Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.

finanzielle Auswirkungen verbunden.

(in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____

in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____

in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um

Mehrkosten

budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte des Referates für Wirtschaft und Beschäftigung sollen im Hinblick auf die aktuellen Bedarfe des lokalen Arbeitsmarktes weiterentwickelt und um eine Fachkräftestrategie ergänzt werden.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 ein Teil der laufenden Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte des Referates für Wirtschaft und Beschäftigung nicht mehr den Anforderungen des lokalen Arbeitsmarktes und den Bedarfen der Wiesbadener Unternehmen entspricht;
 - 1.2 sich dies in zu geringen Teilnehmendenzahlen und zu geringen Vermittlungsquoten widerspiegelt.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 die im Haushalt 2022/2023 beantragten Mittel für das Projekt „Alltagsengel“ (Innenauftrag 104230) nach Abzug der Kosten für die laufende Staffel umgewidmet und in den Innenauftrag 104228 „Maßnahmen 1. Arbeitsmarkt“ übertragen werden;
 - 2.2 die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte auf Grundlage der Entwicklung des lokalen Arbeitsmarktes und der Bedarfe der Wiesbadener Unternehmen vom Referat für Wirtschaft und Beschäftigung weiterentwickelt bzw. neue Projekte ausgearbeitet werden, die der Stadtverordnetenversammlung jeweils zur Entscheidung vorgelegt werden;
 - 2.3 darüber hinaus die Mittel zur Beschäftigungsförderung auch für eine zu entwickelnde, zukunftsweisende Fachkräftestrategie für Wiesbaden verwendet werden.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Seit dem Start der Landeshauptstadt Wiesbaden als SGB II-Optionskommune im Jahr 2005 hat das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften bzw. seit 2019 das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung zahlreiche erfolgreiche Arbeitsmarktprojekte zusammen mit dem Kommunalen Jobcenter und verschiedenen Trägern auf den Weg gebracht. Ziel der Projekte war und ist es, SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger für den 1. Arbeitsmarkt zu qualifizieren und damit ihre Chancen auf eine Wiedereingliederung zu steigern.

Ein Großteil der Projekte läuft bereits seit vielen Jahren erfolgreich, allerdings gestaltet es sich für das Kommunale Jobcenter in den letzten Jahren zunehmend schwieriger, für einige der Projekte geeignete Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu finden. Der Wiesbadener Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dahingehend gewandelt, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften in einigen Branchen so hoch ist, dass auch Geringqualifizierte direkt in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden

können. Andere Arbeitssuchende brauchen neben der beruflichen Qualifizierung noch weitere und intensivere Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere im sozialen Bereich, die ein Beschäftigungsprojekt der Beschäftigungsförderung nur schwer abbilden kann.

Aufgrund fehlender geeigneter Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte im Frühjahr 2021 bereits das Projekt „Spielplatzbetreuer“ nicht weitergeführt werden. Auch für das Projekt „Alltagsengel“ gibt es immer seltener passende Bewerberinnen und Bewerber. Konnten in der letzten Staffel von 60 Projektplätzen noch 58 besetzt werden, sind es in der aktuellen Staffel bislang lediglich 41 Plätze.

Unter diesen Bedingungen ist die Durchführung des Projektes für den aktuellen Träger, die Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden, nur unter erschwerten Bedingungen möglich, da die verhältnismäßig geringe Zahl an Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern die Nachfrage nach den haushaltsnahen Dienstleistungen der Alltagsengel nicht bewältigen kann, wie die Kreisverbandsleitung dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, Herrn Mende, am 8. Oktober 2021 in einem Brief mitteilte. Damit kann das Projekt seinem Ziel kaum mehr gerecht werden.

Auch die Sozialverwaltung unterstützt deshalb die Bemühungen des Referates für Wirtschaft und Beschäftigung, die Projekte der Beschäftigungsförderung neu auszurichten und dabei gezielt auf die veränderten Gegebenheiten des Wiesbadener Arbeitsmarktes einzugehen sowie den gewandelten Bedarfen der Arbeitssuchenden und der Unternehmen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus gilt es in den letzten Jahren, insbesondere Geflüchtete in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die vielfach noch einmal eigene Qualifizierungsbedarfe haben, wie zum Beispiel berufsspezifische Sprachkurse oder die Vertiefung der in den Herkunftsländern erworbenen berufsfachlichen Kenntnisse.

Gleichzeitig erschwert es der zunehmende Fachkräftemangel Unternehmen immer öfter, qualifiziertes Personal zu finden. Dieser Trend zeigt sich nicht nur in der Industrie, sondern vor allem auch im Handwerk und in der Pflege und wird sich im Zuge des demografischen Wandels in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Um diesen Veränderungen des Wiesbadener Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen, sollen die Aktivitäten des Referates für Wirtschaft und Beschäftigung neu ausgerichtet werden.

Laufende Arbeitsmarktprojekte, die im Hinblick auf Vermittlungszahlen und Nachfrage auf dem 1. Arbeitsmarkt durch die Unternehmen ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen, sollen fortgeführt werden. Dazu zählen die Projekte „Helfer an Schulen“, „Wohnbetreuer“ oder „Neue Wege in den Beruf“. Das Projekt „Alltagsengel“ dagegen, für das sich kaum noch Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden, soll nach enger Abstimmung mit dem Kommunalen Jobcenter nicht mehr verlängert werden.

Dementsprechend soll eine Nachjustierung der Beschäftigungs- und Fachkräfteprojekte vorgenommen werden. Daneben sollen neue Arbeitsmarkt- und Fachkräfteprojekte geschaffen werden, die sowohl den Fähigkeiten der Projektteilnehmer Rechnung tragen, als auch den Bedarfen der Wiesbadener Unternehmen, denn Ziel der Projekte ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Ausweitung Projekt Friedhofsteam

Das Projekt „Friedhofsteam“ qualifiziert arbeitslose Menschen mit Behinderung oder sonstigen Benachteiligungen durch den Einsatz auf den städtischen Friedhöfen in der Wiesbadener Innenstadt und in den östlichen Vororten für eine Tätigkeit im Garten- und Landschaftsbau, im Hausmeisterservice, in einer Gärtnerei, in der Entsorgung oder beim Grünflächenamt der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Das Projekt weist für Projekte dieser Art eine erfolgreiche Vermittlungsquote auf: Diese beträgt seit dem Start des Projektes 2008 über alle Laufzeiten hinweg bis zum jetzigen Zeitpunkt 45 %. Die aktuelle Staffel weist sogar zum jetzigen Zeitpunkt eine Vermittlungsquote von 50 % auf, fünf von zehn Teilnehmer wurden bislang schon in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt. Da die aktuelle Laufzeit noch nicht beendet ist, wird sich dieser Wert wahrscheinlich noch erhöhen. Darüber hinaus dient die Ausweitung des Projektes auch dem Allgemeinwohl in Wiesbaden, da dadurch weitere Friedhöfe in den Vororten in das Programm aufgenommen werden können.

Aktuell befindet sich die achte Staffel des Projektes in Planung, die im Mai 2022 starten soll. Nach Anlauf der neuen Staffel soll nach einem halben Jahr gemeinsam mit den Projektpartnern geprüft werden, ob sich genügend Teilnehmende aus dem SGB II-Bezug finden, um das Projekt von fünf auf zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verdoppeln. Dieses Vorgehen ist auch mit den beteiligten Stellen im Grünflächenamt, Hauptamt und Kommunalen Jobcenter abgesprochen und wird dort befürwortet.

Handwerksprojekt

Gemeinsam mit verschiedenen Partnern wird ein Projekt ausgearbeitet, das Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund vorwiegend in der Altersgruppe über 35 Jahren die Möglichkeit gibt, im Rahmen einer Qualifizierung ihre handwerklichen Kenntnisse, die sie in ihrem Heimatland, in Deutschland oder einem Drittland erworben haben, aber nicht nachweisen können, aufzufrischen bzw. zu vertiefen. Parallel dazu sollen begleitend berufsspezifische Deutschkenntnisse vermittelt werden. Abgerundet wird die Qualifizierungsmaßnahme durch ein drei- bzw. sechsmonatiges Praktikum, das auf die Tätigkeit im 1. Arbeitsmarkt vorbereitet und die Möglichkeit bietet, das Erlernte in der Praxis anzuwenden. Ziel ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so zu qualifizieren, dass sie sich im Berufsumfeld verständigen und Helfertätigkeiten ausführen können, gleichzeitig für sie aber auch die Möglichkeit besteht, sich nach Abschluss des Projektes fachlich weiter zu qualifizieren.

Die Ausarbeitung des Projektkonzeptes erfolgt in enger Abstimmung mit dem Kommunalen Jobcenter, um den aktuellen Entwicklungen des Wiesbadener Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen.

Projekt Pflege

Ein weiteres Projekt soll im Bereich Pflege initiiert werden. Ziel ist es dabei, Langzeitarbeitslose oder Personen, die nach Erziehungs- oder Pflegezeiten eine Rückkehr in den Beruf planen, für eine Tätigkeit im Bereich Pflege zu qualifizieren. In enger Abstimmung mit Wiesbadener Pflegeeinrichtungen soll ein Qualifizierungsprogramm entwickelt werden, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine Tätigkeit als Assistenz in der Altenpflege vorbereitet und die Möglichkeit zu einer Weiterqualifizierung zum/zur Altenpflegehelfer/in bzw. zum/zur Altenpfleger/in eröffnet.

Auch hier wird im Rahmen der detaillierten Projektplanung eine enge Abstimmung mit dem Kommunalen Jobcenter erfolgen.

Fachkräftestrategie

Im Handwerk, der Pflege aber auch in der Industrie gestaltet es sich für Unternehmen immer schwieriger, geeignete Fachkräfte zu finden. Dieses Problem wird sich im Zuge des demografischen Wandels in den nächsten Jahren weiter zuspitzen. Ziel der Neuausrichtung der Arbeit des Referates für Wirtschaft und Beschäftigung muss es deshalb auch sein, eine tragfähige und innovative Fachkräftestrategie zu entwickeln, welche die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden sicherstellt.

Die aus der Strategie resultierenden Maßnahmen sollen dabei unterschiedliche Zielgruppen adressieren: Zum einen sollen Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Projekten zur Berufsorientierung gezielt mit Wiesbadener Unternehmen zusammengebracht werden, um unter Jugendlichen für eine Ausbildung zu werben. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Lernwerkstatt“ an Wiesbadener Schulen, das Schülerinnen und Schülern verschiedene Ausbildungsberufe in praxisnaher Umgebung näher bringt. Das Projekt wurde im Schuljahr 2021/2022 auf vier statt bislang drei Schulen ausgeweitet und soll perspektivisch für weitere Schulen geöffnet werden. Weitere Formate am Übergang Schule-Beruf sollen in enger Abstimmung mit den Wiesbadener Unternehmen und Schulen sowie den Interessensvertretungen, der Industrie- und Handelskammer, der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und den Gewerkschaften entwickelt werden. Zum anderen sollen auch Personen in den Blick genommen werden, die nach längerer Pause aufgrund von Pflege- oder Erziehungszeiten den Wiedereinstieg in den Beruf suchen. Darüber hinaus sollen Handlungsfelder definiert und Maßnahmen ergriffen werden, um Wiesbaden als Standort für hochqualifizierte Fachkräfte zu bewerben.

Im Rahmen des Wiesbadener IndustrieNetzwerkes W-I-N ist für das Jahr 2022 bereits die Durchführung einer Umfrage zum Thema Fachkräfte unter Wiesbadener Unternehmen geplant, um deren Herausforderungen und Bedarfe zu ermitteln. Parallel dazu wird eine Arbeitsgemeinschaft aus Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertretern sowie Interessensvertretungen Maßnahmen und Projekte entwickeln, mit denen Unternehmen und die Landeshauptstadt Wiesbaden die Fachkräftesicherung vor Ort vorantreiben können - sei es durch gemeinsame Initiativen zur Gewinnung von Fach- und Nachwuchskräften oder durch Maßnahmen zur Standortbewerbung.

Dabei ist auch eine enge Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Hochschulen geplant, um die dort ausgebildeten Nachwuchskräfte vor Ort zu halten. Denkbar ist hier unter anderem ein Programm speziell für Studienabbrecher, das in enger Abstimmung mit Unternehmen die Chancen und Möglichkeiten einer Berufsausbildung aufzeigt.

Ziel ist es, die Fachkräftestrategie zielgruppenspezifisch auch auf andere Wirtschaftsbranchen (bspw. Handwerk, Gesundheitsberufe oder IT) auszuweiten. Als Vorbild dienen hier Städte wie Oldenburg, Jena oder Dresden, wo sich Allianzen aus Unternehmen, Hochschulen, wirtschaftlichen Interessensvertretungen und Arbeitsmarktakteuren zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Konzepte zur Fachkräftesicherung zu entwickeln und umzusetzen. So gibt es bspw. in Oldenburg neben regelmäßigen Netzwerktreffen, um die jeweiligen Bedarfe zu ermitteln, eine Internetseite, die für den Lebens- und Arbeitsort wirbt und ortsansässigen Unternehmen Hinweise zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität enthält. Darüber hinaus zielen die Projekte sowohl in Oldenburg als auch in Jena darauf, Nachwuchskräfte für eine Ausbildung - insbesondere auch im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu begeistern. Ein weiterer Schwerpunkt in Dresden und Jena liegt auf der Rekrutierung von ausländischen Fachkräften bzw. Beschäftigten aus der IT-Branche.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Durch den demografischen Wandel wird sich der Arbeitsmarkt in Wiesbaden in den nächsten Jahren stark wandeln. Die geburtenreichen Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre werden in den Ruhestand gehen. Vielfach fällt es Unternehmen schwer, diese vakanten Stellen mit geeigneten Nachwuchs- bzw. Fachkräften nachzubesetzen. In vielen Bereichen wie zum Beispiel im Handwerk oder in den Gesundheitsberufen ist der Fachkräftemangel bereits heute bemerkbar; dieser wird sich in den nächsten Jahren auch in anderen Branchen weiter zuspitzen. Verstärkt wird dieser Trend durch eine Zunahme der akademischen Ausbildung, was den Fachkräftemangel in traditionellen Ausbildungsberufen wie z. B. im Handwerk weiter verschärft. Eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktprojekte muss deshalb in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Interessensvertretungen sowohl der Nachfrage nach Fachkräften Rechnung tragen als auch einen Beitrag zu einer zukunftsweisenden Berufsorientierung leisten.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden,  November 2021



Dr. Franz
Bürgermeister